

Protokollauszug aus der 85. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 29.11.2018

öffentlich

**Top 4.16 Kundenbefragung in der Ausländerbehörde
18/SVV/0771
geändert beschlossen**

Herr Tomczak bringt den Antrag ein.

Der Oberbürgermeister verweist anschließend auf die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion mit der Ergänzung, dass die **Welcome-Center** einbezogen werden. Allerdings sei eine Berichterstattung im Januar 2019 zu knapp, so dass er den März 2019 vorschlägt.

Herr Thomann, Fachbereichsleiter Soziales und Gesundheit, führt anschließend aus, dass die Ausländerbehörde auch selbst Interesse an einer Kundenbefragung habe; die Beschwerden seien bekannt. Deshalb sei die Verwaltung bereits mit dem eigenen Bereich Statistik im Gespräch und habe es eine Verständigung im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion darüber gegeben, dass auch Externe in die Vorbereitung mit einbezogen werden.

Im Weiteren wird kontrovers über die Zielgruppen, die Erarbeitung und Abstimmung des Fragenkatalogs sowie die Termine der Berichterstattungen diskutiert.

Im Ergebnis unterbreitet der Oberbürgermeister folgenden Formulierungs-vorschlag für die Änderung und Ergänzung des Beschlusstextes:

Über die Fragen und die Methodik soll im Januar im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion berichtet werden. Die Stadtverordnetenversammlung soll Ende des I. Quartals ein Bericht zum Umsetzungsstand gegeben werden.

Eine Auswertung soll bis Ende Mai 2019 erfolgen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im 1. Quartal des Jahres 2019 eine Kundenbefragung in der Potsdamer Ausländerbehörde (ABH) durchzuführen.

Die Ergebnisse sollen einen Überblick darüber vermitteln, wie groß die Zufriedenheit der Betroffenen mit der Arbeit der Behörde ist, aber auch Änderungsbedarf und Optimierungsmöglichkeiten aufzeigen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung sollen der Migrantenbeirat und die in der Stadt ansässigen Beratungsstellen einbezogen werden.

~~Über den Sachstand soll die Stadtverordnetenversammlung im Januar 2019 unterrichtet werden.~~

Über die Fragen und die Methodik soll im Januar im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion berichtet werden. Die Stadtverordnetenversammlung soll Ende des I. Quartals ein Bericht zum Umsetzungsstand gegeben werden.

Eine Auswertung soll bis Ende Mai 2019 erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**